

Zeki Eroğlu

## Plädoyer

10.07.2017

Während ich mein Plädoyer halte, muss ich offen gesagt gestehen, dass ich hoffe, dass die kurdische Frage durch das, was ich bisher in meiner Verteidigung angeführt habe, verstanden worden ist. Ich gehe allerdings davon aus, dass, wenn die von mir bereits vorgebrachte Verteidigung und die unzähligen Anträge meiner Anwälte nicht zum Verständnis der Realität (der Kurden) beigetragen haben, dann wird sich, auch wenn noch hunderte Anträge folgen sollten, daran nichts ändern. Deshalb wird mein Plädoyer die Zusammenfassung meiner bisherigen Verteidigung sein.

Die Realität der Kurden wurde in den vergangenen Zeiten nicht besonders wahrgenommen. Das lag hauptsächlich an der Verleugnung, mit der sie konfrontiert waren. Aber das ist in der heutigen Zeit nicht mehr so. Die Kurden haben ihre Existenz bewiesen. Deshalb erachte ich es nicht als notwendig die Realität der Kurden hier darzulegen. Das ist eine Realität die heute bewiesen ist.

Aber damit wir einige Tatsachen verstehen können, müssen wir nicht dem Ergebnis sondern deren allerersten Anfang Bedeutung beimessen. Um ein Problem richtig lösen zu können, ist das wichtigste Problem sein Beginn. Wenn wir nicht fragen, worin das Problem liegt, kommen wir zu keinem Ergebnis. Deshalb kommen wir, wenn wir uns mit dem türkisch-kurdischen Problem befassen und uns allein mit dem Ergebnis befassen oder uns anschicken würden das Wort „Terror“ zu erläutern, zu keiner realistischen Lösung. Eine solche Herangehensweise käme der Leugnung der historischen Realität eines Volkes gleich. Wenn wir die Rolle der Kurden in der ersten Phase der Gründung der Türkischen Republik und nach 1924 den Völkermord des türkischen Staates an den Kurden ignorieren, ist es uns unmöglich, das wirkliche Problem zu erfassen. Im Befreiungskampf Anfang 1920 haben Kurden und Türken zusammen gekämpft und gesiegt. Auch ist das Autonomiegesetz für die Kurden vom 10. Februar 1922 mit einer Mehrheit der Stimmen in der Großen Türkischen Nationalversammlung (TBMM) angenommen worden. Mustafa Kemal hat Anfang 1924 auf der Pressekonferenz von Izmit von der umfangreichsten Autonomie als Lösungsmodell für die Kurden gesprochen - ohne sich dabei auf Grenzen zu beziehen - also von einer demokratischen Autonomie. Das bedeutet: Während der Gründung der Türkischen Republik waren die Kurden einer ihrer Gründer. Und das wurde in den Gesetzen anerkannt und verankert.

Der türkische Nationalstaat, der auf den osmanischen Runinen gegründet worden war, sollte nach 1925 die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik, die der türkische Staat zuvor den anderen osmanischen Völkern gegenüber angewandt hatte, nun auch an den Kurden praktizieren. Am 15. Februar 1925 fand die Niederschlagung des Sheikh Said genannten Aufstands statt, von dem ich jedoch finde, es wäre treffender, ihn seinem Wesen nach als die erste Massentötung des begonnenen Vernichtungsfeldzuges des türkischen Staates gegen die Kurden zu bezeichnen. Mit diesen Massakern war die offizielle Kurdenpolitik des türkischen Staates offengelegt. Kurz gesagt: Die Politik bestand darin, die Kurden unter dem Schlagwort des Aufstands zu unterdrücken, in der Annahme sie könnten in Zukunft irgendwann einmal ein Risiko darstellen. Die Ära der Massaker der Türken an den Kurden sollte am 29. Juni 1925 mit der Hinrichtung Sheikh Suids und seiner Freunde auf dem Platz von Diyarbakır beginnen. In den dreißiger Jahren sollte diese Ära dann mit dem Massaker von Ağrı seine Fortsetzung finden. Der türkische Staat setzte die grausamsten Methoden beim Massaker in Ağrı ein. Bei dem Massaker, das am 25. Juni 1939 begann, sollte der türkische Staat bis 1933 militärische Mittel, inklusive Kampfflugzeuge, einsetzen.

Wie ich schon zuvor bei meiner Verteidigung erwähnte, dauerte diese Phase bis zum Massaker von Dersim 1937/38 an. Diese Phase, die 1925 begann, sollte ohne Unterbrechung bis 1938 andauern. Die 13 Jahre der Ära des Völkermordes und der Massentötungen an den Kurden wurden 1938 komplementiert. Doch damit endete es nicht. In der daran anschließenden Phase sollte, als Fortsetzung des Völkermords, die Politik der Assimilation eingesetzt werden. Wen man abschlachten konnte, war getötet worden, wer überlebte sollte in die türkischen Provinzen zwangsumgesiedelt werden. Alles, was zum Kurdentum gehört, wurde verboten. Die Assimilation, die 1938 ihren Anfang nahm, setzte sich ungebremst bis zum heutigen Tag fort.

Natürlich haben die Kurden bei internationalen Institutionen um Hilfe gegen den Völkermord gebeten. 1937 haben die Stämme von Dersim in ihren Briefen an den Völkerbund in Genf diesen über die Massaker in Kurdistan in Kenntnis gesetzt und Unterstützung von ihnen gefordert. Doch bedauerlicher Weise blieben diese im Hinblick auf die Massaker untätig. Wenn diese gegenüber dem Geschehen nicht untätig geblieben wären, wenn sie dazu Stellung bezogen hätten, wären die Massaker, die es bis heute gegeben hat, nicht geschehen. Etwa 100 000 Menschen wären dann nicht massakriert, Millionen nicht zwangsumgesiedelt, ein Volk nicht verleugnet worden. Für das, was geschah, war die Türkei nicht allein verantwortlich. Jene, die untätig blieben, trifft genauso die Verantwortung. Pausenlos heißt es, das Recht Europas sei an der Seite der Gerechtigkeit. Doch wenn es sich um die Kurden dreht, gilt das plötzlich nicht mehr. Die Politik des Völkermords, die den Kurden gegenüber angewandt wurde, und die Ignoranz gegenüber dem, was

passierte, machten für die Kurden den Widerstand und den Kampf um die Existenz und deren Erhalt unvermeidlich. Als Ergebnis dessen, was den Kurden geschah, wurde 1978 die PKK gegründet. Wenn der türkische Staat sich selbst mit den Massakern, die er an den Kurden verübt hatte, konfrontiert hätte, wenn er ihre Sprache und Kultur nicht verboten hätte, dann wäre auch die PKK nie entstanden.

Nichts geschieht ohne einen Grund. Wenn die türkische Justiz das, was den Kurden angetan wird, zur Kenntnis nehmen würde und jene, die Massaker durchführen zur Rechenschaft ziehen würde, dann wäre das Leid auch nicht erlebt worden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Jene, die Massaker verübten, sind vom Staat dazu ermuntert und dafür ausgezeichnet worden. Nach dem Massaker in Dersim wurden die Soldaten, die das Massaker verübten hatten, mit Orden dekoriert. Der Kern der Sache ist: Für den türkischen Staat ist es einfach die kurdische Bevölkerung töten zu können. Denn es gibt niemanden, der sie dafür zur Rechenschaft zöge. Kurz gesagt: Für den Menschen ist der Tod das Ende. Deshalb hat er das Recht und die Pflicht der legitimen Selbstverteidigung und Widerstand zu leisten. Solange, wie die Massaker des Staates an den Kurd\*innen ignoriert werden, gibt es nur eine Wahl: Widerstand zu leisten und dagegen anzukämpfen.

Das Wesen des Kampfes des kurdischen Volkes besteht darin, die Existenz zu wahren und abzusichern. Das Ziel des 40 jährigen Kampfes ist nichts anderes. Niemand kann das als Terrorismus bewerten, denn etwa 90 Jahre lang war es das kurdische Volk, dem großes Leid wiederfuhr. Ohne den Grund des Leides zu suchen, ohne deren Grund zu hinterfragen, lediglich das Geschehen von Ferne zu betrachten und zu sagen, die Kurden wären im Unrecht, und es als Terror abzustempeln, bedeutet mitverantwortlich für das, was geschieht, zu sein. Gab es die Kurden in der Geschichte? Verfügen sie über eine Kultur, eine Sprache, ein Gebiet, in dem sie leben? Ja! Sind ihre Sprache, ihre Kultur verboten? Sind sie seit Gründung des türkischen Staates von einer Politik der Massaker betroffen? Ja! Dann ist auch ihr Recht auf Widerstand dagegen legitim. Der Kern des 40 jährigen Kampfes des kurdischen Volkes ist die Verteidigung ihrer Kultur und ihrer Sprache. Das ist das Einzige, was die Kurden fordern. Der einzige Grund für ihr Leid seit 40 Jahren ist, dass sie ihre Sprache und ihre Kultur schützen wollen. Wenn das kurdische Volk der ganzen Welt seine Existenz bewiesen hat, so ist der einzige Grund dafür der 40 jährige Kampf, den sie geführt haben. Wenn dieser Kampf der Kurden nicht wäre, wären sie längst ausgelöscht und Geschichte. Trotz der Politik des Völkermords an den Kurden haben weder das kurdische Volk noch die Bewegung jemals die Rache zum Ziel gehabt. Die Kurden haben während ihres Kampfes die politische Lösung des Problems zur Grundlage genommen. Deshalb hat die kurdische Bewegung seit 1993 unzählige Male den Waffenstillstand ausgerufen. Aber der türkische Staat hat sich zu keiner Zeit

einer Lösung angenähert. Ganz im Gegenteil: Der türkische Staat hat mit provokativen Herangehensweisen jeden Waffenstillstand zunichte gemacht und noch mehr Massaker verübt. Jeder Waffenstillstand ist von der Türkei sabotiert worden. Der türkische Staat kennt in Bezug auf die Kurden seit etwa 90 Jahren nur eins: die Vernichtung der Kurden. Bei jedem Machtwechsel in der Türkei wurde nur über eins nachgedacht, wie die Kurden noch besser zu massakrieren wären. Selbst das Rechtswesen und die Gesetzgebung sind auf die Vernichtung der Kurden hin ausgerichtet worden. Da das die Situation ist, ist es unumgänglich dagegen Widerstand zu leisten.

Ein anderer Punkt, den ich betonen möchte, ist, dass Erdoğan in der letzten Zeit von der internationalen Öffentlichkeit als Diktator bezeichnet worden ist. Seit die Regierung Erdoğan 2002 an die Macht kam - also seit 15 Jahren -, hat sie unzählige schreckliche Massaker an den Kurden verübt. In der Ära Erdoğan sind unzählige Städte dem Erdboden gleichgemacht, hunderte Zivilisten ermordet worden. Warum war er zu jener Zeit kein Diktator und wie ist er jetzt plötzlich zu einem geworden? Kurz gesagt: Wenn es sich um die Massaker an den Kurden dreht, dann haben für die ganze Welt die eigenen Interessen Priorität, und sie sind demgegenüber, was passiert wie die drei Affen: Sie sehen nichts, sie hören nichts und sie wissen von nichts. Und bedauerlicherweise ist diese Herangehensweise Grund dafür, dass das Leid um ein Mehrfaches vergrößert wurde. Das, was den Kurden angetan wird, prallt gegen diese Mauer aus Interessen des Kapitals und der Wirtschaft und sorgt jedesmal erneut für Leid, Tränen und Massaker. Der Hauptgrund der Ignoranz gegenüber dem, was passiert, war eben das. Der einzige Grund für die Kriminalisierung von kurdischen Einrichtungen, das Inhaftieren von kurdischen Politiker\*innen und Aktivist\*innen und deren Verurteilungen in Deutschland ist genau das.

Es gibt eine Erklärung der Vereinten Nationen, die in der Presse veröffentlicht worden ist. In dieser Erklärung wurde ein Bericht darüber veröffentlicht, dass Interventionen in der demographischen Struktur in den kurdischen Städten stattgefunden haben. Diese Feststellung ist richtig. Aber es handelt sich dabei nicht um eine neue Maßnahme. Bereits seit 1925 wird eine derartige Politik betrieben. Interventionen in die demographische Struktur gelten als ein Hauptbestandteil des Völkermords. Nach den Massakern an Sheikh Said, den Massakern in Ağrı und Dersim hat der Staat in allen Provinzen in Kurdistan, die er als für sich gefährlich einstufte, zivile Faschisten plazierte.

Auch wurde in die historische Struktur Kurdistans eingegriffen: An historischen Orten Kurdistans wurden Staudämme hochgezogen, die alles unter Wassermassen begraben haben. Diese Maßnahmen sind allesamt Teil des Völkermords. Deshalb möchte ich einen Punkt, den ich zuvor schon während meiner Verteidigung hervorgehoben hatte, noch einmal betonen: Ich

betrachte deshalb die Feststellung im Gerichtsprotokoll „der türkische Staat hat den Kurden gegenüber Rechtsverletzungen begangen“ als mehr als unzureichend. Das reicht nicht aus, um das, was geschieht, zu beschreiben. Die Maßnahmen, die dem kurdischen Volk gegenüber angewendet werden, fallen unter die Definition Völkermord. Das mag nur ein Wort sein. Mag es auch simpel erscheinen, so weiß ich doch, dass es schwer ist, dies auszusprechen. Denn das, was die Definition erschwert, sind die gemeinsamen Wirtschaftsvereinbarungen zwischen den Ländern. Das kurdische Volk und ihre Region wird dieser Interessengemeinschaft geopfert.

Zuvor schon bin ich in meiner Verteidigung und in der Geschichte meines persönlichen Werdegangs auf das Massaker von Dersim eingegangen. Doch für mich ist das Tragische: Eines, dessen ich in der Anklageschrift bezichtigt werde und das mir das Gericht zur Last legt, ist die Organisation des Dersim Festivals. Ich bin das Kind eines Volkes, das einen Völkermord erlebt hat. Die Sprache und Kultur ist verboten weshalb meine Muttersprache Zaza zu den Sprachen zählt, die bedroht sind. Weil Mensch und Gesellschaft dieser derart harten Maßnahmen unterzogen wurden, was könnte da natürlicher sein, als dafür zu kämpfen, um die eigene Sprache und Kultur am Leben zu erhalten. Wenn ich die Wahrheit sagen soll: diese Frage muss nicht ich, sondern das hohe Gericht beantworten. Da liegt der tragischste Punkt des Prozesses. Dersim ist geographisch gesehen eine der schönsten Städte Kurdistans. Doch damit verbindet man es nicht. Das Erste, was einem bei Dersim in den Sinn kommt, ist das Massaker von 1937/38. Das ist natürlich sehr schmerzlich. Obwohl seit dem Massaker 80 Jahre vergangen sind, ist das Massaker in der Erinnerung der Menschen immernoch sehr lebendig. In allen Generationen, die danach geboren wurden, spiegelt die Realität des Massakers wider. Deshalb kann jene Gesellschaft, die mit dem Völkermord konfrontiert ist, nicht mit der Mentalität der Täter zurecht kommen, solange diese sich nicht dem, was sie getan haben, stellen. Solange eine Konfrontation mit der Vergangenheit nicht stattgefunden hat, wird es auch nicht vorbei sein.

Auch ich bin mit der Realität des Massakers aufgewachsen. Mein Leben verbrachte ich unter Folter, Vertreibung und im Gefängnis. Was kann ich gegenüber dieser Realität anderes machen? Damit die kommenden Generationen nicht den gleichen Schmerz, den meine Vorfahren, meine Familie und ich ertragen mussten, auch weiter ertragen müssen, gibt es keine andere Wahl. In allen Eingaben meiner Anwält\*innen und ihrer ganzen Verteidigung haben wir versucht die Politik der Massaker des türkischen Staats gegenüber dem kurdischen Volk darzulegen. In all diesen Eingaben und Verteidigungsschriften ist vom Völkermord und von Massakern an den Kurden die Rede. Es gibt nicht eine Eingabe, in der nicht vom Tod gesprochen wurde. Leider spiegelt das nur das wider, was das Volk etwa 90 Jahre lang hat ertragen müssen. Ich glaube nicht, dass, wenn sie das Urteil fällen und sich

dies nicht auch vor Augen halten, das Urteil gerecht und angemessen ausfallen kann. Verehrtes Gericht, sie müssen im Hinblick dessen, was geschehen ist, ihr Gewissen zu Rate ziehen. Dann, so glaube ich, kann ein angemessenes Urteil gefällt werden. Vergessen Sie nicht, dass ihr weißes Hemd unter ihrer schwarzen Robe ihr Gewissen symbolisiert. Ich glaube fest daran, dass trotz des Völkermords und der Massaker, denen es seit Jahren ausgesetzt ist, dass trotz all dieser ganzen Ungerechtigkeiten, die es erleidet, mein Volk die Freiheit erlangen wird. Und es kommt der Tag, an dem jene, die das Massaker zu verantworten haben, aber auch jene, die stillschweigend zugesehen haben, der Geschichte gegenüber werden Rechenschaft ablegen müssen.

Es lebe der Kampf des kurdischen Volkes um Frieden, Demokratie und Freiheit!

Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker! Die Freiheit wird siegen.

Hochachtungsvoll,

Zeki Eroğlu